

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

100 (24.8.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-190596](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-190596)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 „ „
für 1 Monat . . „ „ „
ergl. Postbefehlgeb.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Ein Nibelungenschatz der nächsten Zukunft.

Von vielen Seiten sind während der letzten Zeit Vorstellungen und Bedenken laut geworden gegen den Entwurf des Gesetzes für die Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter, welcher in der bevorstehenden Session den Reichstag beschließen, und höchst wahrscheinlich mit einigen Abänderungen Gesetzkraft erlangen wird. Wir können im Ganzen diesen Bedenken nur zustimmen; es fällt uns aber auf, daß ein Punkt, den wir für den wichtigsten von allen halten, dabei nicht so hervorgehoben wird, wie er es verdient; wir meinen das ganz merkwürdige Mißverhältnis zwischen der Höhe der Jahresbeiträge und der Höhe der Leistungen.

Ghe wir auf diesen Punkt eingehen, schicken wir die Bemerkung voraus, daß hier kein Tabel erhoben, nicht einmal eine prüfende Kritik laut werden soll. Wir wollen einfach den Tatbestand beleuchten, wie er bei ruhiger Beobachtung hervortritt. Jeder Leser mag dann nach seinem Standpunkt wählen, ob er diese Fakten ermutigend oder bestemmend, bedenklich oder erfreulich finden will. Für beide Auffassungen ließe sich Manches beibringen, je nachdem man der Gesamtentwicklung der nächsten Jahrzehnte mit Hoffnung oder Besorgnis entgegenseht.

Bekanntlich soll jeder Arbeiter Altersversorgung nur nach vollendeten 70. Lebensjahre erhalten, und zwar, wenn er bis dahin seinen Beitragspflichten im vollen Maße genügt hat, eine Jahresrente von 120 Mark. Die jährliche direkte und offiziell als solche anerkannte Beitragspflicht des Arbeiters verlangt etwas über 5 Mark. Eine gleiche Summe hat der Lohnherr, der sogenannte „Arbeitgeber“, zu zahlen — indirekt meist auch der Arbeiter, da dieser Beitrag natürlich so gut wie immer an den Löhnen abgezogen wird; endlich kommt abermals ein gleicher Betrag hinzu aus dem Reichsfonds, der bekanntlich größtenteils aus den indirekten Steuern vorerogiert wird, so daß dies dreite Drittel zum sehr erheblichen Teile auch wieder indirekt vom Lohne der Arbeiter herkommt. So kommen vom „Arbeiter“ jährlich etwas über 15 Mark zusammen. Wir dürfen das Mehr ignorieren, da es sich ungefähr mit den Verwaltungskosten ausgleichen wird, auf die wir auch nicht weiter Rücksicht nehmen.

Arbeiterinnen haben einen etwas kleineren Beitrag zu leisten und auf eine entsprechend kleinere Rente Anspruch. Wollten wir eine annähernd genaue Rechnung liefern, so müßten wir für sie ein besonderes Exemplar aufstellen. Da es uns aber hier nur auf eine ungefähre Schätzung ankommen darf — jeder Versuch zu mehr muß irreführen, weil es an statistischer Grundlage für eine stichhaltige Kalkulation fehlt — so sehen wir von dieser Abweichung ab, und vergegenwärtigen uns bei dem Folgenden, daß alle unsere Zahlen dadurch etwas über das wahrscheinlich Richtige hinausgehoben werden, daß sie für die Minorität der in Betracht kommenden Personen, dem weiblichen Teil derselben, einen zu hohen Anschlag haben. Andererseits werden wir gleich ersehen, daß wir in Beziehung auf einen anderen sehr wichtigen Punkt wieder etwas zu niedrige Ziffern ansetzen müssen. Dadurch mag sich auch die Abweichung ungefähr ausgleichen. Wie gesagt, nur eine ganz ungefähre Anschauung dessen, was uns bevorsteht, läßt sich gewinnen. Dieser Gewinn ist aber schon gewichtig genug.

Etwa zwölf Millionen Personen leben gegenwärtig im deutschen Reiche, die beitragspflichtig sind, sobald die Vorlage durch den Reichstagsbeschluß Gesetzkraft erlangt. Denken wir uns einmal, das Gesetz fungiere schon in ordentlichem Verlaufe, als ob es von jeher so bestanden hätte. Welches Ergebnis lieferte dann dieser Jahresbeitrag? Welche Kosten ruhten auf ihm?

Zwölf Millionen, von denen jeder 15 Mark zahlt — das gäbe eine Jahreseinnahme von 180.000.000 Mark, welche wir aber in Anbetracht der Tatsache, daß stets ein erheblicher Teil der Arbeiter außer Arbeit ist, herabsetzen müssen, etwa auf 150.000.000 Mark. Und wieviel Rentenempfänger halten dagegen ihre Hände auf?

Die Statistik lehrt uns, daß das „Reich“ etwa 1.200.000 Einwohner zählt, die das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die 12.000.000 beitragspflichtigen Arbeiter bilden ungefähr den vierten Teil der Bevölkerung des Reiches. Ein zweites Viertel — ganz ungefähr — besteht aus den nicht beitragspflichtigen Erwachsenen, das dritte und vierte Viertel, also die andere Hälfte — ganz ungefähr — kommt auf die Kinder. Beträgt danach der Anteil der beitragspflichtigen Arbeiterklasse an der Zahl der Siebzig- und Mehrjährigen auch eine Hälfte des in Frage kommenden Bevölkerungsteiles, also ca. 600.000? Gewiß nicht! Diese Annahme hätte nur Grund, wenn die Durchschnittslebensdauer des die Rindheit überlebenden deutschen Reichsbürgers mit der Durchschnitts-

lebensdauer des Arbeiters im deutschen Reiche zusammenfielen. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Im Durchschnitt beträgt die Lebensdauer Derer, die das 15. Jahr überleben, etwa 62 Jahre. Eine umfassende Berechnung für die Arbeiterklasse fehlt. Von einer Anzahl von hierfür in Frage kommenden Gewerben ist eine Statistik aufgestellt und ergibt eine Durchschnittslebensdauer von 46 Jahren. Dieser Anschlag ist aber gewiß noch viel zu günstig, da in ihm die Kleinen selbständigen Handwerker mitgerechnet sind, welche meistens doch noch ein gefünderes Leben führen als die meisten Lohnarbeiter. Immerhin genügt er, um zu zeigen, wie tief die Lebenschancen des Lohnarbeiters unter der des Durchschnittsmenschen steht. Ein Bild in die alltägliche Praxis um uns liefert reichliche Bestätigung. Wir werden also jedenfalls nicht zu niedrig, wahrscheinlich noch viel zu hoch, ansetzen, wenn wir annehmen, daß von den ca. 600.000 alten Leuten, die dem Arbeiterstande angehören müßten, wenn er ebenio gute Lebenschancen hätte, wie die besser situierte Bevölkerung, nur etwa 200.000 wirklich hierher gehören.

Hundertfünfzig Millionen Mark auf 200.000 Rentenempfänger verteilt — das gäbe eine Jahresrente von 750 Mark.

Aber halt! Die Invaliden-Versicherung will ebenfalls von diesen Beiträgen leben! Wie groß sind deren Ansprüche?

Hier fehlt leider aller statistischer Boden unter den Füßen. Nur soviel ist durch einfache Beobachtung des Lebens klar: Die nachweislichen Invaliden der Arbeit bilden immer nur eine kleine Zahl. Man übersehe nicht, daß die durch Unglücksfälle arbeitsunfähig Gemachten hier nicht mitzählen! Für Die sorgt ja die Unfallversicherung. Die Last für die Invalidenversorgung wird also voraussichtlich kleiner sein als die für die Altersversorgung. Segen wir sie aber einmal als eben so groß an, und gleichen so vielleicht ungefähr wieder aus, was wir durch Nichtberücksichtigung der niedrigeren Frauenbeiträge zuviel gethan haben, was ergibt sich dann? Eine Minderung der Rente für die zur Altersversorgung Kommenden auf die Hälfte, auf dreihundertfünfundsiebzig Mark jährlich, gut das Dreifache dessen, was nach dem Entwurf als Rente gezahlt werden soll.

Bei dieser Veranschlagung haben wir angenommen, das gesammte Beitragskapital komme sofort zur Auszahlung, ohne vorher irgendetwas angelegt zu werden. In Wirklichkeit stellt sich die Sache bekanntlich ganz anders. Zunächst, blos um seines Alters willen, hat ja noch Niemand ein Recht auf die Rente. Er muß erst zu derselben Jahre lang beigekeuert haben. Die ganze Einrichtung ist die einer gigantischen Sparrkasse, in welche alle Arbeiter zwangsweise ihr Scherlein einlegen. Wer durch Tod vor dem 71. Jahre, Auswanderung oder sonstige Veränderung seiner Lebenslage an den Gemüß seiner Einlagen kommt, dem oder dessen Erben u. d. nichts vergütet. Seine Einlagen kommen voll und ganz dem Versicherungsfonds zu Gute. Das eingezahlte Geld wird natürlich einträueln zinstragend angelegt. Selbstverständlich absolut sicher! In guten Hypotheken zu etwa drei Prozent, vorwiegend natürlich im großen ländlichen Grundbesitz, wo die Chance eines Verlustes der Hypothek minimal ist. Was ergibt sich nun daraus für ein Bild?

Das Durchschnittsalter des deutschen Arbeiters ist, wie wir sahen, vielleicht etwa 46 Jahre. Darnach hat ein Jeder im Durchschnitt etwa 30 Jahrgänge als Arbeiter zu durchleben, 16, bis 46, oder 15, bis 45, Lebensjahre. In Anbetracht der unvernünftigen Perioden von Arbeitslosigkeit können aber auf diese 30 Jahre wohl nur 25 Jahre — gut gerechnet — wirkliche Arbeitszeit angenommen werden. Das gäbe an einfach aufsummirten Beiträgen 25 mal 15 = 375 Mark. Dazu die während der 30 Jahre auflaufenden Zinsen, mindestens 160 Mark, ergäbe einen Startposten von zirka 540 Mark, den jeder Arbeiter durchschnittlich dem Versicherungsfonds hinterläßt, zur Verteilung an die Rentenempfänger.

Wieviel solcher Erbschaften macht nun der Versicherungsfonds im Jahre?

Da die deutschen Arbeiter sich auf 56 Jahrgänge — 15, bis 70, Lebensjahre — verteilen und ihre Zahl im Ganzen 12 Millionen beträgt, würde ein Jahresabgang von 12.000.000 : 56 anzunehmen sein, falls die ganze Arbeiterklasse 70 Jahre voll erreichte, also 56 Jahrgänge in der Arbeit durchlebte. Alsdann lebten in 56 Jahren gerade 24 Millionen Arbeiter; jedes Jahr ginge im Durchschnitt ein Sechshundertfünftel ab und käme ein Sechshundertfünftel wieder hinzu. Da wir nun aber gesehen haben, daß die Sache anders liegt, daß die Arbeiter durchschnittlich nur etwa 30 Jahre in der Arbeit zu leben haben, muß auch die Jahreserbschaft und dementsprechend der Nachschub größer sein und muß betragen

12.000.000 : 30 = 400.000. Das giebt eine Jahreseinnahme für den Fonds von 400.000 mal 540 Mark = 216.000.000 Mark. Rechnen wir dafür wieder die Hälfte für den Invalidenfonds ab, so erhält Jeder von 200.000 Altersrenten-Empfängern eine Jahresrente von 540 Mark, das 4-fache dessen, was nach dem Entwurf gezahlt werden soll.

Nun denke man sich einmal dies Gesetz verwirklicht und angenommen, was wird die Folge sein?

Rechnen wir selbst einmal an, um ganz sicher zu gehen, wir hätten oben so stark zu hoch gegriffen, daß der Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe nur halb so groß wäre, wie wir ihn anfangsweise bezifferten, so bliebe doch immer noch ein Jahresüberschuß von mehr als 80 Millionen Mark! Das giebt in 30 Jahren ohne Zinsen ein Kapital von dritthalb Milliarden Mark, mit einem Zinse von drei Prozent, Zinseinzinsen ungerchnet, vierthalb Milliarden Mark frei zur Disposition des Reiches! Wenn das Gesetz 1890 zu fungieren beginnt, wird die erste Milliarde jedenfalls vor dem Jahre 1905 im Trocknen sein.

Wir betonen nochmals, daß wir die volle Hälfte des uns sich als wahrscheinlich ergebenden Ueberschusses einfach weggeschrien haben, um uns gegen den Vorwurf etwaiger zu hoher Veranschlagung zu wahren.

Und wie wird diese Riesensumme verwendet werden? Wie wird sie wirken? Sie wird fastlich das Reich zum weitans größten Hypothekengläubiger Deutschlands machen, wird durch Freimachung zahlreicher heutzutage in Hypotheten angelegter Kapitalien zunächst eine sanfte, langsam und still verlaufende Gründer-Kera hervorrufen und dann dauernd als stets sich mehrender „Reservefonds der Alters- und Invaliden-Versicherung“ ein Machtmittel für die jeweilige Regierung darstellen, von dessen Großartigkeit wir heutzutage noch gar keine Ahnung haben. Aus dem Gläubigerthum dem Großgrundbesitz gegenüber wird mit Naturnotwendigkeit zuletzt Eigentum, Reichthum, hervorgehen. Die faktische Verdrängung des Privateigentums von den großen Gütern durch das Reichseigentum, das ist die notwendige Folge — natürlich nur dann, wenn auf der Bahn, welche der Entwurf andeutet, mit Konsequenz fortgefahren wird.

Das Reich, als selbstbesteller und zwangsweiser Mandatar der deutschen Arbeiterschaft, kauft mit dem, was diese Arbeiterschaft von ihrem Lohne herzugeben verpflichtet wird, im Wesentlichen den großen Grundbesitz privatrechtlich zusammen. Zu weissen Gunsten? Wie darf man zweifeln! Doch natürlich zu dessen Gunsten, der das Geld dazu hergeben muß, zu Gunsten des deutschen Volkes. Ob man das eine „Sozialreform“ nennen soll, wollen wir nicht entscheiden. Um eine Sozial-Umwandlung handelt es sich dabei unbestreitbar — ob mit oder ohne Absicht derer, die diesen Entwurf ausgearbeitet haben, wissen wir nicht, und ist auch im Grunde eine Frage zweiten Ranges.

Politische Hundschau.

Bant, 23. August.

Berlin, 22. August. Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Bennigsen wird hiesigen Mitteilungen zufolge „mit Fragen in Verbindung gebracht, die vielleicht in nicht allzuferner Zukunft schon eine Bedeutung gewinnen könnten; es wird dabei an dunkle Anspielungen auf die Möglichkeit eines Rücktritts des Reichskanzlers erinnert, die vor Wochen durch eine Anzahl regierungsfremdlicher Blätter gingen. Man wird gut thun, auch diese Gerüchte mit der nötigen Vorsicht aufzunehmen.“ Diese Vorsicht scheint auch uns sehr rathsam zu sein.

Die Ernennung Bötticher's zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums ist in dem Augenblick erfolgt, wo die „Post“ Bennigsen für diesen Posten vorschlug. Als ältester Minister würde Wapbad die Anwartschaft auf die Vertretung gehabt haben. Aber schon vor einigen Monaten wurde offiziell ausgedrückt, daß ein Nachminister sich nicht zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums eigne. Durch das Amt eines Vicepräsidenten des Staatsministeriums wird Herr v. Bötticher noch mehr, als er es bisher schon war, das alter ego des Fürsten Bismarck in den Reichsgeschäften und preussischen Ministerialgeschäften.

Folgende sensationelle Mittheilung bringt der Berliner Korrespondent der „Köln. Volks-Ztg.“: „Zur Kennzeichnung unserer Beziehungen zu Frankreich mag die uns gewordene Meldung dienen, daß demnächst eine Verordnung zu erwarten sei, wonach alle bei deutsch en

Gerichten schwebenden Prozesse französischer Untertanen sistirt werden sollen, bis Frankreich bezüglich der Schadenersatzklage der deutschen Studenten gegen die Stadt Belfort zu den gewünschten Schritten sich entschlossen hat! — Befristung bleibt zunächst abzuwarten.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Langerhans hat ein Bein gebrochen.

Durch Schmeicheln sucht Herr v. Rauchhaupt die Nationalliberalen wieder zu verführen. Die „Hallische Ztg.“, das Organ des Herrn v. Rauchhaupt, schreibt: „Wir hätten nichts dagegen, wenn sich der Freisinn den Nationalliberalismus als Sauerteig wählte; wir fürchten nur, die Nationalliberalen besorgen, Herr Richter werde wie bisher jedweden Sauerteig so zu verarbeiten wissen, daß in seinen Expositions- und Negationsfunden wenig oder nichts davon zu spüren ist. Daß die Nationalliberalen für eine derartige Verarbeitung nicht Reue empfinden, spricht für die hohe und reife Erkenntnis der großen Aufgaben, die ihrer harren und für die ihnen allein im Kartell eine erfolgreiche Wirksamkeit bleibt.“

18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner wollen wir lieber auf der Strecke liegen lassen (berühmte Ausruf — ein etwas waidmännischer Ausdruck, der gewöhnlich in Bezug auf gehörtes und ungehörtes Jagdvieh Anwendung findet), als daß wir u. s. w., so lautete der ursprüngliche Text der Kaiserrede. Rummel ist offiziell das Wort „Strecke“ in „Wahlstatt“ umgewandelt worden. Die ersten, übereifrigen Berichtserstatter haben sich also verfehlt! — Da die Gesamtbevölkerung Deutschlands incl. Weiber und Kinder etwa 55 Millionen Seelen beträgt, so scheint es, als ob die Volksumzählung in Zukunft auch auf diejenigen Kreise der Bevölkerung ausgedehnt werden soll, welche bisher aus ganz klaren Gründen davon befreit waren.

Die bekannte preussische Staatsraison, welche sich immer mehr über das ganze Deutsche Reich ausbreitet, hat wohl Furcht, nicht aber Liebe zu erwecken vermocht, das geht z. B. wieder aus einer Notiz der „Deutschen Volksztg.“, einem Wefenorgan, hervor. Das Blatt schreibt in Abwehr der Vermählungen der Konserativen, die Hannoveraner zu den Wahlen zu führen, u. A., daß die Partei der Deutsch-Hannoveraner „in mehr als einer Hinsicht die Verhöhnung an den Wahlen zum preussischen Landtage ablehnt, nicht allein wegen des schlechten Wahlsystems, sondern auch weil es an Kandidaten fehlt, welche einen Eintritt in den preussischen Landtag mit ihren politischen Ueberzeugungen vereinigen zu können.“ — Das mag im Interesse der Einheit Deutschlands zu beklagen sein, allein es ist eine unumstößliche Thatsache, aus der Macht der Umstände herauszuwachsen.

Von befreundeter Seite ist der „Nordb. Allgem. Ztg.“ ein von dem Maire zu Bône in Alger in den Reichstagsabgeordneten Antoine gerichtetes Schreiben vorgelegt, welches in wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen lautet! „Herr Abgeordneter! In Beantwortung Ihres Gebotens vom 10. d. habe ich das Vergnügen, Ihnen mitzutheilen, daß der Familie Kamspacher aus Zabern demnächst eine Konzession erteilt werden wird; was die Familie Heiligensstein aus Nossheim betrifft, so wird die Lösung schwieriger sein, weil kein Mitglied der Familie für die französische Nationalität optirt hat. Man sollte ein Mitglied der Familie veranlassen, auf französischen Boden überzusiedeln, in diesem Falle würde die Regierung (le Gouvernement Général) keinen Grund zur Ablehnung haben. Seien Sie versichert, Herr Abgeordneter, daß ich das Unmögliche thun werde, um den unglücklichen Elshäusern, welche gegenwärtig in dem annektierten Lande unter dem Joche feuzen, die Ansiedelung in Alger zu erleichtern. Die beste

Propaganda besteht aber im gegenwärtigen Augenblick sicherlich darin, die jungen Leute, welche zur Erfüllung des Militärdienstes in Deutschland aufgerufen werden, die Grenze überschreiten und sie in die Fremdenregimenter (Régiments étrangers) aufnehmen zu lassen. Genehmigen Sie, Herr Abgeordneter und lieber Landsmann, trotz allem die Wünsche meiner tiefen Dankbarkeit. gez. Dubourque, Maire von Bône. An Herrn Antoine, Abgeordneter im Deutschen Parlament, Hotel de Noailles, Paris. — Die „N. A. Z.“ bemerkt hierzu: In der Echtheit des Briefes, welcher am Kopf mit der Ueberschrift: République française, Mairie de Bône, Département de Constantine Algérie, und oben der Unterschrift mit dem Stempel: Ville de Bône Dept. de Constantine Algérie versehen ist, läßt sich nicht zweifeln. — Mit dem Inhalt des Briefes und der Art und Weise, wie die „Norddeutsche“ ihn auslegt, wollen wir uns nicht beschäftigen. Eine andere Frage liegt uns näher und zwar die: Wie ist Herr Pincher in den Besitz dieses an den Reichstagsabgeordneten Antoine gerichteten „Privatbriefes“ gelangt. Herr Antoine wird ihn ihm nicht zur Verfügung gestellt haben, er kann also nur durch einen Vertrauensmißbrauch, oder durch einen Diebstahl, oder auf Veranlassung einer Behörde in ihre Hände gelangt sein. Aufklärung darüber wäre dringend erwünscht.

Der Lehrermangel nimmt in Preußen immer größeren Umfang an, und auch außerhalb Preußens macht sich derselbe bemerkbar. Ein Berliner „freisinniges“ Blatt schreibt darüber: „In der bayerischen Pfalz ist der Mangel an protestantischen Lehrern sehr groß. In Braunschweig mußten 25 Seminaristen zur Verwaltung von verwaisten Lehrstellen herangezogen werden. Im Königreich Sachsen hat man zu demselben Auswüchsmittel greifen müssen. Am fühlbarsten aber ist der Lehrermangel, wie gewöhnlich, in Preußen, besonders in den polnischen Gebieten und in der Mark. Die Maßnahmen der preussischen Regierung erweisen sich leider nicht nur als ungenügend, sondern bewirken oft sogar das Gegenteil. Mit der Verstaatlichung der Schule in den Ostprovinzen ist das freie Berufungsrecht aufgehoben und es ist damit völlig in die Hand der Regierung gelegt, ob sie einen Lehrer, der in eine andere Stelle gewählt ist, entlassen will oder nicht. Berlin nimmt bereits keine Bewerbungen von dort an, weil im Falle der Wahl die Entlassung der Regierung ausbleibt. Damit sind die Lehrer, die dort einmal eine Stelle angenommen haben, gezwungen, dort für immer zu bleiben und sich mit Gehältern zu begnügen, die der schwierigen Arbeit nicht entsprechen. Die Zahl von 300 Mark, die den aus anderen Bezirken überbesoldeten Lehrern gezahlt wird, soll, wenn es irgend angeht, nur zum bisherigen Minimalgehalte hinuntertreten. Da aber dort, wo das freie Berufungsrecht besteht, dem demährten Lehrer besser dotierte Stellen sich öffnen, so ist jene Zulage nur für den Augenblick eine Aufbesserung, die den späteren Verlust nicht aufwiegt. In den rheinischen und westfälischen Seminarien, aus denen die Schulanfänger direkt in die polnischen Bezirke überwiesen werden, bildet diese Aussicht bereits das Schreckgespenst unter den Seminaristen. Niemand will die Heimath mit dem Osten vertauschen und es ist vorgekommen, daß Jüglinge allein aus diesem Grunde aus dem Seminar wieder austraten und sich einem anderen Berufe zuwandten. Auf den auch im Westen sehr mäßigen Zubruch zum Lehrerberufe werden die Verlegungen nach dem Osten sehr hemmend einwirken. Es ist zu bedauern, daß die Arbeitskräfte für die Volksschule sich nur noch mit allerlei künstlichen Mitteln herbeiziehen lassen. Die dadurch bewirkte Herabminderung der Lehrerbildung und Verschlechterung der Volksschule sind tief zu beklagen. (Zu beklagen? Es könnte doch anders

sein.) Zu einer Zeit, wo alle Berufsarten überfüllt sind, ist es nicht möglich, das Bedürfnis an Volksschullehrern zu decken. In welchen Zustand würde da die preussische Volksschule gerathen, wenn eine plötzliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse einträte? Zur Beseitigung des Lehrermangels giebt es nur ein Mittel: zeitgemäße Erhöhung der Lehrergehälter.“

Verhaftungen. Am Montag Abend saßen einige Arbeiter, die Herren Fischer, Bieleke, Winter, Seelig, Witz, Glöck, Tapscier Hamann, Drechsler Krimer, Gelsigier Kräcker und Buchbinden Föhne, bei Bugenbagen am Moritzplatz beim Glase Bier. Die Herren saßen nicht zusammen, sondern an einzelnen von einander entfernten Tischen. Zusammen kamen sie erst, als sie beim Verlassen des Lokals oder im Lokal von Kriminalbeamten (sira ein Duzend) verhaftet wurden. Sie wurden von der Polizeimache nach dem Volkensmarkt gebracht, mußten dort die Nacht zubringen und wurden, nachdem sie verhört worden, am Dienstag Nachmittag gegen 2 1/2 Uhr erst entlassen. Am Dienstag Morgen war noch der Richter Herr Böttcher nachträglich verhaftet worden. Auch er wurde mit entlassen. In den Frühstunden des Dienstags war bei allen Benannten gründlich geseuchst, aber nirgends auch nur das Geringste von Belang gefunden worden.

Neues Arbeiterblatt. Vom 1. September ab wird in Dortmund ein neues Arbeiter-Organ unter dem Titel „Westfälische Freie Presse“ erscheinen. Im Jahre 1878 nahm am Tage des Intratritts des Sozialistengesetzes die alte „West. Freie Presse“ Abschied von ihren Lesern, deren Zahl nicht gering war; sie hatte 3700 Abonnenten. Jetzt hofft man dem neuen Blatte, das unter dem alten, guten Namen vorläufig wöchentlich zweimal mit einer Sonntagsbeilage erscheinen soll, bald eine hohe Abonnentenzahl verschaffen zu können. Wir wünschen, daß diese Hoffnung bald in Erfüllung gehen möge.

In Sachsen, so schreibt man dem „Berl. Volksbl.“, haben in letzter Zeit zahlreiche Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen der Entwurf des Alters- und Invalidengesetzes besprochen wurde. Solche Versammlungen waren u. A. in Freiberg, Stollberg, Chemnitz, Zwickau, Wurzen u. s. w. Ueberall erklärten die Versammelten einstimmig den Entwurf für unannehmbar — und zwar aus den bekannten, handgreiflichen Gründen. In Leipzig, Dresden und anderen Städten sind für die nächste Zeit Versammlungen anberaumt, die ungewisshaltig in demselben Sinne sich erklären werden. Wenn nicht in jedem Orte Sachsens eine Protestversammlung abgehalten wird, so liegt der Grund einzig darin, daß die parteiliberistische „Saalsperre“, noch nicht überall durch kräftige Gegenmaßnahmen gesprengt werden konnte. Das liegt fest: in ganz Sachsen giebt es keinen Arbeiter, der den Entwurf des Invaliden- und Altersversorgungsgesetzes nicht als eine Verleumdung der deutschen Arbeiter empfindet.

Mit. 20. August. Ausweisungen. Der Former Frederik Christian Hierum aus Ripen, der Drechsler Hans Carl Carstensen aus Alfsen, der Arbeiter Franz Nielson aus Schweden und der Musiker Carl Heinrich Rosenborg sind, weil lästig gefallen, aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen worden. Das gleiche Schicksal traf wegen unerlaubten Aufenthaltes den Stud. med. Otto Frederik Kraalund aus Apenrade.

Reumünster. Strafverfügungen wegen Geldsammelns. In den letzten Tagen sind eine ganze Reihe von Strafverfügungen ergangen gegen diejenigen, welche während des Weberstreiks hierorts für die Streikenden Gelder gesammelt haben, doch haben, wie der „Postkour.“ mittheilt, die meisten der mit einem solchen Strafmandat Bedachten auf richterliche Entscheidung angetragen.

Das Weib des Schiffskapitäns.

Eine Erzählung von J. Reister.

(Fortsetzung.)

„Hallo, König Georg,“ rief Langlands in dem Regier-Englisch der Küste, „wie geht's Dir?“

„Hallo, Kapitain, wie leben? leben gut?“

„Dante, Georg; hast Du noch einen tüchtigen Jungen für mich? Ich brauche einen Vorarbeiter.“

„Ja, Herr, Ja, Herr! Jungen alle gut. Wohin gehen diesmal?“

„Nach Lagos, König.“

„O, warum Lagos! Gehen inselst Riff?“

„Nein, ich bleibe draußen.“

„Dann mein Junge nicht gehen Lagos!“

„Warum nicht?“

„Lagos zuviel Riff, Wasser nicht gut.“

„Sei nicht närrisch, König, das Wasser ist dort gut genug!“

„Lagos zuviel Hai!“

„Komm an Bord, Georg, bring Deinen Jungen und laß Dein Geschwäg!“

„Lagos schlimmer Plag, Massa Kapitain; zuviel Krantheit. Mein Junge herben Lagos, was dann? Wer zahlen? Hei, Hei, mein Junge nicht gehen Lagos!“

Jenehr der Kapitain den Alten zu überreden suchte, desto mehr sträubte derselbe sich, und desto mehr erzählte er von dem Fieber, dem Riff und den Haien. Dann kam eine geschäftige halbe Stunde, Calicoballen wurden geöffnet und das Zeug faßeweis abgemessen, Pulver, Flinten und Tabak wurden aus dem Raum hervorgeholt, und als Alles beendet war, und die Regier, bis auf unsere Kroomänner, das Schiff verlassen hatten, gingen wir wieder unter Segel.

Als ich am Abend desselben Tages mit Maria in der Kajüte saß und beim Schein der schwingenden Lampe

aus Maury's trefflichem Navigationsbuch zu lesen begann, schlug Maria das Buch zu und sagte:

„Nun ist's genug!“

„Sind Sie der Sache überdrüssig, Madame?“

„Ueberdrüssig nicht, Herr Andreas, aber es ist nutzlos, nun noch weiter zu lernen!“

Ich wußte nicht recht, was sie damit sagen wollte, und darum schwiege ich. Da legte sie ihre Hand sanft auf die meine, gerade wie es einst meine arme Mutter zu thun pflegte.

„Herr Andreas,“ sagte sie, „warum haben Sie mich getauscht?“

„Ja, Madame?“ fragte ich.

„Ja, Sie,“ antwortete Maria und lächelte seltsam und traurig. „Sie haben mich wie einen Feigling behandelt; anstatt mir die Wahrheit über dieses Land zu sagen, wollten Sie mich glauben machen, daß dasselbe besser sei, als es in Wirklichkeit ist. O, warum thaten Sie das? Sie hätten wissen können, daß ich über kurz oder lang doch Alles erfahren mußte!“

„Ich glaubte, daß Sie im Anfang einer kleinen Ermuthigung bedürften.“

„O, wirklich?“ sagte sie, und eine helle Röthe überflog ihr Gesicht. Dann fragte sie schnell:

„Dante Heinrich Sie dazu aufgefordert?“

„Nein, Madame,“ erwiderte ich, und es gelang mir, bei dieser Woge ihren Blick auszuhalten.

„Ich wußte, daß er nicht unwarig gegen mich sein könnte,“ sagte sie stolz; dann stand sie auf und machte mir eine tiefe Verbeugung. „Ich bin Ihnen für Ihre gütige Fürsorge meinetwegen außerordentlich dankbar, Herr Andreas.“

Damit verließ sie die Kajüte und ging in ihre Kammer, wo sie den ganzen folgenden Tag über verblieb.

Einige Tage später merkte Langlands, daß etwas zwischen uns vorgefallen war, sie redete nur selten zu mir, und nicht mehr in der alten Weise, sondern zurückhaltend

und mit kalter Höflichkeit. Er zog mich auf die Seite und ich erzählte ihm. Mit der Bemerkung, bald wieder Alles in's Gleichgewicht zu bringen, wollte er in die Kajüte hinabgehen, als ich ihn aufhielt.

„Kapitain,“ sagte ich, ich an Ihrer Stelle äußerte kein Wort darüber. Den kleinen Groll Ihrer Frau ertrage ich wohl noch, es sollte mich aber schmerzen, wenn sie auch mit Ihnen zürnen müßte.“

„O,“ rief er lachend und warf seine Loden zurück, „davor keine Furcht, Steuermann!“

Damit ging er hinter.

Madame Langlands sprach kein Wort wieder über diese Sache, aber ihre Stimme hatte einen anderen Ausdruck, wenn sie mich anredete, sie klang noch weicher und süßer als zuvor. Sie redete nicht oft zu mir, und wenn sie's that, trieb sie ihre Herzengüte dazu, um mich die Worte jener Nacht vergeffen zu lassen. Ihr ganzes Wesen war verändert. Stundenlang saß sie allein, die Hände im Schooße gefaltet und die Augen unverwandt in's Weite gerichtet. Mitunter brach sie in bestiges Weinen aus und wollte sich nicht beruhigen lassen. Dann wieder flüsterte sie vor sich hin: „O, meine arme Mutter!“ Alle Versuche ihres Mannes, sie zu beruhigen, waren vergeblich, und das muß ich sagen, Niemand konnte gedulbiger und liebevoller sein, als er im Anfang war. Je mehr er sie aber zu trösten, zu zerstreuen und aufzuheitern suchte, desto unglücklicher war sie; und wenn er sie nach dem Grunde ihres Kummers fragte, dann wußte sie keine Antwort zu geben. Er demüthete sich um sie mit schmeichelnden Tadeln, und ihre Wüde wandten sich von ihm und suchten das Weite; er scherzte und lachte mit ihr, und ihre Augen füllten sich mit Thränen. Was war der Grund dieses räthselhaften Benehmens? Es war Furcht, Herr.

Sie hatte mit den Matrosen über das Fieber gesprochen, und von denselben, die es ja nicht besser wußten, schreckliche Dinge gehört.

(Fortsetzung folgt.)

Hamburg, 22. August. Herr Senator Kunhardt ist auf der Reise in der Schweiz (wahrscheinlich in Gurnigel) von einem schweren Unfall betroffen worden. Er fühlte plötzlich einen Schmerz im Bein und konnte nicht weiter gehen. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß eine innere Verletzung vorliegt, die befürchtet läßt, daß das Bein amputiert werden muß. — Nach später eingegangenen Mittheilungen aus Bern ist daselbst im Hotel „Berner Hof“ am Sonnabend die Amputation des kranken Beines unter Zuzugung erster Autoritäten erfolgt. Es war eine Blutstodung in der Hauptader des Beines eingetreten, wodurch dasselbe abstarb und die schleunige Abnahme nöthig wurde. Der Patient hat die Chloroformnarkose gut überstanden, ist ohne Schmerzen und befindet sich verhältnismäßig wohl.

Elbing. („Post. 31.“) Der Ortsverband der hiesigen Gewerkschaft hielt am Sonntag, den 19. d. M., Nachmittags 4 Uhr, in der Bürger-Resource eine Versammlung ab, in der über die Alters- und Invaliden-Versicherung unter dem Vorsitz des Zimmerers Jacobi verhandelt wurde. Nach einem Referat des Herrn Deutler-Danzig entspann sich eine lebhaft erörterte, welche schließlich zur Annahme einer Resolution führte, welche den Gesetzentwurf über die Alters- und Invalidenversicherung in seiner jetzigen Gestalt für unannehmbar erklärt. Abg. Niderst, welcher in der Versammlung anwesend war, ermahnte die Arbeiter selbst sich mit dem Gesetzentwurf in allen seinen Einzelheiten bekannt zu machen und dann die Punkte genau festzustellen.

Mainz, 22. August. Der Unteroffizier Mai von der 4. Komp. des 1. Nassauischen Infanterie-Regiments Nr. 87 ist wegen Mißhandlung von Soldaten desselben Regiments von dem Kriegsgericht zu einer Festungsstrafe von 4 Jahren verurtheilt und zur Verbüßung seiner Strafe nach Rastatt abgeführt worden.

Belgien.

— Die Zahl der Ritter der Arbeit nimmt nach den Ermittlungen der belgischen Arbeiterblätter ständig ab. Zu diesem Bunde gehörten am 1. Juli 1886 729,677 Mitglieder, am 1. Juli 1887 548,299 und am 1. Juli d. J. 348,672 Mitglieder.

Frankeich.

Paris, 23. August. Die Fischer haben beschloffen, in einen Streik einzutreten. Kapitalisten-Blätter geben ihnen den nicht begehrten Rath, sich die Erfahrungen der Erdarbeiter zu Gemüthe zu führen, und erhöhen die Fischer oder prophezeien ihnen eine Niederlage. Der Wunsch scheint hier des Gedankens Vater zu sein. — Eine Versammlung der Kellner und ihrer Arbeitgeber wählte einen aus zwölf Arbeitgebern und zwölf Kellnern bestehenden Ausschuss, der die Beschwerden über die Trinkgelde und die Anstellungsbüreaux prüfen soll. In der Trinkgeldefrage sind die Kellner zweifelsohne in ihrem Recht. Die Wirthe machen sich den Umstand zu Nutzen, daß das Trinkgeld in Paris nicht fakultativ, sondern obligatorisch ist, und verlangen von den Kellnern, daß sie das Küchenpersonal, die Zündhelfer, das Schreibmaterial, eine Entschädigung für das zerbrochene Geschirr u. s. m. bezahlen. Einzelne Kaffeehausbesitzer begnügen sich aber auch damit nicht, und fordern überdies von ihren Angestellten, einen bestimmten Betrag täglich dafür zu erlegen, daß sie in ihrem Lokale arbeiten dürfen. Allerdings sind die Einnahmen dieser Kellner derartige, daß sie trotz der schweren Lasten noch immer eine ganz ansehnliche Netto-Einnahme erzielen, die an Sonntagen oft über fünfzig Franken beträgt, wobei aber bemerkt werden muß, daß die Kellner durchschnittlich 16 bis 18 Stunden täglich arbeiten. Die Kellner stellen nun das gewiß billige Verlangen, daß die Trinkgelde in Zukunft ausschließlich ihr Eigentum sein sollen und daß die Wirthe, die ohnehin einen ganz anständigen Verdienst erzielen, nicht mehr allerlei Auslagen daraus bestreiten mögen.

Boulangier ist dreimal gewählt. Röschlin ist ebenfalls im Nord gewählt. Die boulangistischen und monarchistischen Organe triumphiren und jubeln, als ob dadurch der Republik der Lebensstoss verjagt wäre. Im Norddepartement erhielt vorgesehener Boulangier 130,000, Röschlin 126,000 Stimmen, die beiden republikanischen Kandidaten haben 95,000 Stimmen erhalten. Boulangier wurde dort im April mit 172,528 Stimmen gewählt, sein republikanischer Gegenkandidat erhielt 75,901 Stimmen, woraus folgt, daß vorgesehener kein Republikaner für Boulangier gestimmt hat, dessen Wahl also lediglich ein Sieg der Monarchisten ist, welche stets die Majorität besitzen. Gleiches ist in den beiden anderen Departements der Fall. Vorgesetzten Abend erfolgten vor den Bureau der „Presse“ und „Cocarde“, sowie in den Arbeitervierteln und auf den Boulevards starke Ausläufe und Manifestationen aller Art, sowie wiederholte Angriffe der Polizei.

Italien.

Rom, 21. August. In Savona stellten 1500 Arbeiter einer Metallfabrik wegen Herabsetzung des Lohnes die Arbeit ein. Eine Deputation von Arbeitern begab sich zum Unterpräfekten. Die Ordnung ist nicht gestört worden.

England.

In Koolros, Grafschaft Wexford (Irland), wurde gefahren der Anfang mit 7 weiteren Ausreibungen von den Ländereien eines römisch-katholischen Gutsherrn, Namens J. E. Byrne gemacht, wobei es zu aufregenden Szenen kam. Insbesondere bot das Haus des Pächters T. Sommers den Gerichtsdienern die größten Schwierigkeiten. Dasselbe war verbarrikadirt und in eine regelrechte Festung umgewandelt. Von tiefen Gräben umgeben, war auch bis zum Dach ein Erdbwall aufgeschüttet, gegen den der Mauerbrecher sich mühsam erweisen mußte. Der von der Hauptstraße nach dem Gehöft führende Weg war mit großen Bäumen und Steinen versperrt, während

innerhalb des Hauses ein Vorrath schmutzigen Wassers gehalten wurde. Eine Pumpe nebst Schlauch zur Auswerfung heißer Wasserstrahlen war gleichfalls vorhanden. Die Beamten des Sheriffs standen unter dem Schutze von 150 Polizisten unter dem Befehl von Mr. Konfidine. Sobald der Mauerbrecher aufgestellt war, wurden die Angreifer von einem Hagel fauler Eier, sowie von Theer und Wasser lodenden Wassers aus dem Giebel fenster empfangen. Mr. Konfidine warnte die Insassen des Hauses, die mit dem Rufe „Keine Uebergabe!“ antworteten. Dann wurde eine Leiter an den Giebel gestellt, aber diese ward sofort umgeworfen und zerbrochen. Mit einer zweiten Leiter gelang es mehreren Konstablern, das Dach zu erklimmen; sie wurden indeß von anderen Punkten mit siedendem Theer angegriffen und mußten sich zurückziehen. Zwischen dem Kanonikus Doyle und dem Gutsherrn fanden einige vergebliche Besprechungen statt und nach kurzer Pause wurde der Angriff wieder aufgenommen. Die Gerichtsdienern führten die Rückwand des Hauses während die Polizisten die Front angriffen, aber der Hagel von Theer und Steinen wurde so dicht, daß sowohl die Gerichtsdienern wie die Polizei retiriren mußten. Die Mauern waren indeß an vielen Stellen durchbrochen. Kanonikus Doyle offerirte namens des Pächters einen zweijährigen Pachtzins für dreijährige Rückstände und andere Bedingungen, wenn die Exmiffion aufgegeben und dem Pächter gestattet würde, sich an das Landgericht zu wenden. Dieses lehnte der Gutsherr ab und die Polizei war eben im Begriff, sich in die Mauerbrecher zu stürzen, als der Geistliche vortrat und den Insassen des Hauses sagte, sie hätten ihr Möglichstes gethan, und thäten besser daran, sich jetzt zu ergeben. Darauf traten 11 Männer aus dem Hause, denen Handbellen angelegt wurden, um demnächst nach dem Gefängniß in Wexford abgeführt zu werden.

Australien.

— Unweit der Küste von Neuseeland fand eine Kollision der Dampfer „Geier“ und „Tingvalla“ statt. Der „Geier“ sank und 4 Offiziere, 31 Matrosen und 78 Passagiere küßten ihr Leben ein, indem sie in den Fluthen begraben wurden.

Gewerkschaftliches.

Grünberg, 20. August. Sämmtliche Arbeiter der hiesigen konsolidirten Braunkohlenruben haben am heutigen Tage die Arbeit eingestellt. Grund hierzu ist eine von der Grubenverwaltung beschlossene Verminderung des Tagelohnes um 10—20 Pfennige, welche durch den neuen Geschäftsjahr verurtheilt wurde. — In Akerden haben 1000 Kesselmacher, Bernierer und Plattenarbeiter der Schiffswerften die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von zwei Schilling die Woche auf Wochenlohn und 10 Prozent auf Stücklohn. — In Belfrage streiten die dortigen Grubenarbeiter und worten auf die Forderung der Beurlaubung, von der sie eine Erhöhung des Tagelohnes auf fünf Francs verlangt haben. Dabei verhalten sie sich ganz ruhig, im Vertrauen auf ihre gute Sache.

Aus Stadt und Land.

Vant, 22. August. Auf dem Wege zum Markt verunglückte die Frau des Wirths H. dadurch, daß sie in einen auf der Straße liegenden unteren Theil einer zerbrochenen Flasche trat und sich die Fußabdrücke durchschmitt. In der Apotheke des Herrn König wurde derselben ein Nothverband angelegt, worauf sie nach Hause gebracht und der Behandlung des Herrn Dr. Kramer übergeben wurde.

Vant, 23. August. In der Nummer 99 unseres Blattes vom 22. August ist in dem Bericht über die Sitzung des Gemeinderathes eine Namensverwechslung unterlaufen, indem zum Vertrauensmann zur Berufsgenossenschaft für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter nicht der Landmann Geerken, sondern der Landmann Deeren gewählt worden ist.

Vant, 23. August. Wie der „Gemeinnütze“ meldet, ist die Thierchau zu Nordenham glänzend verlaufen. Prächtiges Wetter (was in diesem Sommer eine Seltenheit ist) hatte die Bevölkerung der ganzen Umgegend auf die Meise gebracht. Es fanden Pferde- und Wagenrennen dabei statt.

Vant, 23. August. (Eingelandt.) Es ist schon sehr häufig bemerkt worden, daß der Korrespondent des „Tageblattes“ oft Nachrichten aus unserem Orte verbreitet, deren Richtigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, aber es ist demselben noch nie eingefallen, den oft blühenden Blödsinn zu berichtigen. Gewöhnlich sind es die Gemeinderathssitzungen, welche an sein Auffassungsvermögen allzu hohe Anforderungen stellen. So ist z. B. in dem Bericht des Tageblatt-Korrespondenten über die letzte Gemeinderathssitzung folgendes zu lesen: „Der Gemeinderath beschließt für die Erziehung der Kinder des x. S. eine zweijährige Unterbringung in der Zwiangsanstalt zu Becht.“ Es ist das ganz neu, daß Kinder zur Erziehung ins Korrektionshaus kommen, weil die Mutter derselben dem Trunk ergeben und arbeitslos ist und so den Haushalt und die Erziehung der Kinder in schauerhafter Weise vernachlässigt. — In demselben Blatte in dem Korrespondenz mit □-Zeichen läßt er den Schulausschuß (Schulausschuß gesperrt gedruckt) von Vant sich mit dem Vorschlage des Kirchenrathes beschäftigen. Was wird dazu der Kirchenausschuß sagen? — Wir sind neugierig, ob der brave Herr Korrespondent sich zu einer Berichtigung herbeiläßt.

Wilhelmshaven, 23. August. Eine weltbewegende Frage scheint es auch für den Redakteur des Tageblattes zu sein, ob für die Arbeiter die Lohnzahlung am Freitag oder Sonnabend vortheilhafter sei. Er schließt sich auf jeden Fall der allgemeinen Ansicht an, daß der Freitag vortheilhafter sei. Warum aber? Davon sagt er nichts. Nun wahrscheinlich, weil man die Weisheit erlangt hat,

daß die meisten Arbeiterfamilien am Freitag Abend den Wochenlohn aufgezehrt haben und am Sonnabend nicht im Stande sind, auf dem Markte die Lebensbedürfnisse einzukaufen, wo sie in der Regel billiger und besser zu haben sind, als beim Höder. Wir meinen, es würde für die sächsischen Gewerbeinspektoren sowohl wie für den Herrn Doktor weit dankbarer sein, die Frage aufzuwerfen: Warum sind die Löhne der Arbeiter so niedrig, daß sie in ihrer großen Masse kaum damit von einer Woche zur andern kommen? und welche Mittel sind geeignet, diesem Elend abzuhelfen? Hic Rhodus! hic solus!

Wilhelmshaven, 23. August. Auf der 1. Werft wurde heute der neuerbaute Kreuzer B. vom Stapel gelassen. Derselbe ging glatt und ohne Unfall vor sich, den Taufakt vollzog der Kapitain Reusing. Das Schiff erhielt den Namen „Sperber“.

Wilhelmshaven, 23. August. Auf der 1. Werft verunglückte der Wertmeister Korfus im Maschinenbau, indem er von einem Colinder der im Bau befindlichen Maschine des Kreuzers B fiel und mit dem Gesicht auf die Exzentribügel aufschlug. Wie schwer die Verletzungen sind, ließ sich im Augenblick nicht ersehen. Derselbe begab sich nach Anlegung eines Nothverbandes nach seiner Wohnung.

Wilhelmshaven, 23. August. Durch die Presse geht eine Notiz aus Konstanz, daß die dortige Kriminalpolizei mit ganz außerordentlicher Thätigkeit und Aufmerksamkeit den Grenzverkehr überwacht, um Sendungen sozialistischer Schriften und Wahlflugblätter, deren Einschmuggelung in Masse infolge der im 6. Berliner Wahlkreise bevorstehenden Wahl befürchtet wird. Ferner soll ein gewiegter Berliner Kriminalkommissar auch seine Schritte nach der Schweiz gelenkt haben, weil von Seite der sehr hochwohlwollen Berliner Polizei die Reise Liebnechts nach der Schweiz, um Vorträge zu halten, mit seiner Kandidatur in Verbindung gebracht wird. Uns macht diese Notiz riefigen Spaß, denn „Klimpern“ gehört zum Handwerk. Um das Odium der Spitzerei nicht wieder auf sich zu laden und die Thätigkeit der Polizei, deren Erfolge an der Grenze gleich — Null sind, in das günstigste Licht zu stellen, wird diese Notiz mit dem Stempel des Offiziosus an der Stirn in die Welt geschleudert. Denn man wird doch wohl keinem ernsthaften Mann glauben machen wollen, daß die Sozialdemokraten so dumm sein werden, ihre Schriften und Wahlflugblätter durch einen doppelten und dreifachen Grenzfordon schleppen zu lassen. Besonders da es in Deutschland Druckereien giebt, deren Besitzer nebenbei sehr gut konservativ sind, welche für gutes Geld gern sozialdemokratische Wahlflugblätter drucken. Es wäre gar nicht zu verwundern, wenn in dem Moment, wo die Polizei an der Grenze auf Wahlflugblätter vigilirt, um den Sozialdemokraten die Transportkosten nach Berlin zu ersparen, dieselben dort verbreitet werden. Wenn die Schidung des gewiegten Kriminalisten nach der Schweiz wahr ist, so wird sich Herr Liebnecht sehr geschmeichelt fühlen über die Aufmerksamkeit des Berliner Polizeipräsidiums. Denn es ist wohl einzusehen, daß der „Gewiegte“ Herrn Liebnecht vor der heimtückischen Wache der Freunde eines Schröder's, Haupt und Ehrenberg schützen soll, auf daß ihm nichts menschliches passirt und er ja seinen Sitz im Reichstag wieder einnehmen kann. Die Wähler des 6. Wahlkreises würden es der hochwohlwollen Polizei nie verzeihen, wenn sie nicht alles thäte, um den baldigen Vertreter vor Gefahr an Leib und Leben zu bewahren.

Idenburg, 22. August. Passanten des mittleren Dammes wurden Montag Nachmittag durch den Anblick eines jungen Menschen, dessen Kleider in hellen Flammen standen, erschreckt. Der Unglückliche war ein Lehrling des Danthardt'schen Kolonialwaaren-Geschäfts, aus Döhlen bei Großfenaken gebürtig, welcher im Lageraum Dremspiritus abzapfte und dem Kaufmännigen demonstrieren wollte, daß der Spiritus auch brenne. Er goß zu die Erde und zündete ihn an, doch die Flamme erreichte den in dabei stehenden Eimer befindlichen Spiritus und ergriß schließlich auch die Kleider des Lehrlings. Derselbe rannte auf die Straße und lief ein paar Mal schreiend um das Haus herum. Einem Vorübergehenden gelang es, den Brand der Kleider zu ersticken, doch sollen die Brandwunden namentlich am hinteren Oberschenkel so bedeutend sein, daß der Lehrling in's Hospital geschafft werden mußte.

Vegeßak, 22. August. Die Bremer Schiffsbaugesellschaft beabsichtigt auf ihrer hiesigen Werft elektrische Beleuchtung einzuführen.

Burhave, 23. August. Der Gemeindevorsteher Herr Boog hat vor einigen Tagen sein 25jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Denselben ist aus diesem Anlaß vom Großherzog eine ehrenvolle Auszeichnung zu Theil geworden.

Vienthal bei Bremen, 21. August. Die wolkendruckartigen Regengüsse der vorigen Woche haben uns hier ein Sommerhochwasser gebracht, das die diesjährige Frühjahrsfluth noch 30 cm überstieg. Zwei Deiche sind gebrochen, das Kornland der Ortschaften Warf und Bütterdick sieht unter Wasser, das ganze Kirchspiel St. Jürgen ist durch die hereinbrechenden Fluthen in einen See verwandelt. Die uneingedeichten Niederrungen sind sämmtlich überfluthet. Allein im Kirchspiel St. Jürgen sind 1800 Stück Rindvieh und 200 Pferde von der Weide vertrieben, das spärlich eingebrachte Heu muß jetzt verfaulen; für den Winter sind die Aussichten schrecklich. Das überfluthete Gras ist verschlammmt, die Kartoffeln, die Futter- und Gemüsepflanzen sind erstickt und faulen. Die wieder wasserfrei gewordenen höheren Ländereien verbreiten einen Pestgeruch.

Schwasser.

Vant-Wilhelmshaven.
Freitag, den 24. August Vorm. 2.32 Nachm. 2.45
Sonnabend, den 25. August „ 3.09 „ 3.20

Ausverkauf.

Wegen Verlegung meines Geschäfts nach der

Gökerstrasse 12, in das Haus des Hrn. Schultz

in nächster Nähe von Thor I der Kaiserl. Werft
verkaufe meine gesammten bedeutenden Waaren-Bestände zu außerordentl. billigen Preisen.

Bismarckstr. 18. N. J. PELS. Bismarckstr. 18.

J. Müller, Klempner,

Belfort, Werftstr. 12,

empfecht in größter Auswahl: Hängelampen, Tischlampen, Küchen- und Nachtlampen und größere Lodenlampen von den gewöhnlichsten bis zu den feinsten, sowie sämtliches emailirte, verzierte und lackirte Heizblech, Küchengeräth, verzierte und lackirte Vogelkäfige zu billigen Preisen.

NB. Eine Partie große und kleine Kisten und Fässer verkaufe Umstände halber billigt.

Wir empfehlen

hochfeine Weine, ff. Liqueure

sowie sämtliche Spirituosen

in nur guter reiner Waare.

Gebr. Menke, Wilhelmshaven.

Hauptniederlage in Belfort:
Bei Herrn Paul Hug (Zur Arche).

Die Schuh- und Stiefel-Handlung

von

J. G. Gehrels

empfecht

Herren-Zugstiefel, „ Halbstiefel, „ Zugschuhe, „ Schnürschuhe, „ Hauschuhe, Manns-Arbeits-Schnürschuhe.	Damenstiefel mit Zug und zum Anspizen, Damen-Bromenadenschuhe, Lastingstiefel, Knaben-, Mädchen- und Kinder-Schuhe.
--	--

Notiz-Kalender für 1889.

Soeben erschien in unserm Verlag und ist durch alle Buchhandlungen, Colportagegeschäfte und Zeitungspediteure zu beziehen:

Der Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1889.

Inhalt: Kalendarium mit Geschichtskalender; Postalische Bestimmungen, neu zusammengestellt und ergänzt; „Das neue Wehrgesetz“ vom 11. Febr. 1888; Auszug aus dem Reichs-Patent-Gesetz; Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen vom 25. Juni 1887; die wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Verhältnis der gewerblichen Arbeiter zu ihren Arbeitgebern; Das neueste Innungsgesetz vom 6. Juli 1887; „Die hauptsächlichsten Bestimmungen aus sämtlichen in Deutschland geltenden Vereinsgesetzen; Einnahmes- und Ausgabe-Tabellen für die Haushaltung; Schreibpapier mit Datum für Tagesnotizen; Leeres Schreibpapier in verstärkter Bogenzahl; Briefstaschen.

Wir haben, wie seit vier Jahren, den Kalender wieder in zwei Qualitäten anfertigen lassen, 1. Qualität briefstaschenartig, sehr gut gebunden, mit Gummiband und mehr Schreibpapier wie Sorte II, Preis 75 Pf., 2. Qualität, einfache Ausgabe, solid ausgestattet, mit weichem Einband, etwas weniger Schreibpapier wie Sorte I, Preis 50 Pf.

Wiederverkäufer erhalten löhnenden Rabatt.

Baldigen belangreichen Bestellungen sehen entgegen. Pünktliche Lieferung können wir in Folge der mit der Buchbinderei getroffenen Arrangements in sichere Aussicht stellen.

Wörlein & Comp., Nürnberg.

Die

Buchdruckerei von F. Kühn

Bant-Wilhelmshaven, Adolfstrasse

empfecht sich zur

Anfertigung von Druckerarbeiten jeder Art

als:

Rechnungen, Quittungen, Formulare, Tabellen, Cirkulare, Etiquettes	Adresskarten, Visitenkarten, Einladungskarten, Mitgliedskarten, Couverts, Briefbogen.	Preis-Courants, Statuten, Programme, Festzeitungen, Placate, u. s. w.
---	--	--

Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Schöne

Rothwurst & Sülze

per Pfund 40 Pf.,

Ditr. und Holzstein.

Käse

per Pfund 20 Pf. empfecht

H. Begemann,

Bant.

Kleider-Kattun

nur Neuheiten

Diesjähriger Saison

empfehle zu heruntergesetzten Preisen. Sonst 50 bis 90 Pf. pr. Mtr., jetzt 35 bis 60 Pf. pr. Mtr.

Friedrich Hoting.

Die

„Französische Revolution“

Volksheimliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1805 von Wilh. Bloos. Mit vielen Porträts und historischen Bildern.

Verlag von J. F. W. Dietz in Stuttgart.

Alle 2 Wochen erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pf. Zu beziehen durch die Expedition des „Nordd. Volksbl.“

F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

Sämtliche Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

NB. Heft 2 ist soeben erschienen.

Die Uhrenhandlung

von

August Frisse,

Koonstr., Wilhelmshaven,

empfecht ihr reiches Lager von goldenen und silbernen Herren- u. Damen-Uhren zu zivilen Preisen.

Reparaturen prompt und billig.

Die noch vorrätigen

Damen-Mäntel

(Regen- und Sommer-Mäntel)

sind bedeutend im Preise ermäßigt.

Friedrich Hoting.

Einen wirklich schönen hellen

Danziger Shag

per Pfund 90 Pf.

empfecht

H. Begemann.

Goethe und die Liebe.

Eine Studie zur Einführung in Goethe's Dichtungen von Manfred Wittich Preis 25 Pf.

Wiederverkäufern üblichen Rabatt.

Schoenfeld & Harnisch,
Dresden, Annenstr. 47.

Als

geübte Schneiderin

in und außer dem Hause empfecht sich

Anna Mroczinski,

Bant, Severichstr. 1.

3 Fuder gut gewonnenes

Heu

zu verkaufen bei

C. Meusen, Renender-Altengebden.